

*Ein unvergleichlicher Anblick – Die Lübecker Altstadt vor der Zerstörung von Palmarum 1942.*

# PRÄFASCHISMUS

Michael Bouteiller

# PRÄFASCHIS MUS IM FREISTAAT LÜBECK

© Michael Bouteiller

Bürgermeister a.D. Lübeck

Eichenweg 17a

23568 Lübeck

[www.michaelbouteiller.de](http://www.michaelbouteiller.de)

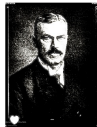
# Der Leber - Neumann - Konflikt

Prolog	5
1.Vorbemerkung	6
2.Ausgangslage	8
3. Der Schock von 1912 und das nationale Netzwerk	10
4. Die Kontrahenten und ihre Lager	11
5. Alldeutscher Verband als Mutterlauge der konservativen Revolution	17
6. Paul de Lagarde: Wortgeber der konservativen Revolution	20
7. Das gespaltene Lübeck	22
8. Das präfaschistische Lübeck	25
9. Hitler kam aus der Musterbahn	28
10. Lübecks unsichtbarer Herrscher	30
11. 1917 Claß Anstiftung zum Militärputsch im Kaiserreich	39
12. 1920 Kapp-Lüttwitz-Putsch	40
13. 1923 Hitler-Ludendorff-Putsch	41
14. 1926 Claß-Hugenberg-Neumann-Putsch	41
Endnoten	45

# PROLOG

Die Weimarer Epoche ist für die Hansestadt Lübeck - wie für die Bundesrepublik Deutschland insgesamt - das politische Lehrbeispiel. Der Freistaat Lübeck war seinerzeit mit seinen 1870 40.000 und 1911 100.000 Einwohnern überschaubar und als einer der 26 Bundesstaaten, schon im Kaiserreich eine der drei Republiken, ein Muster der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lage des Reichs. Deshalb ist die Beschreibung seiner damaligen Auseinandersetzungen so wertvoll.

Die handelnden Personen und die für mich wichtigen Literaturquellen sind folgende:



Leber    Schwartz    Neumann    Possehl    Hugenberg    Lagarde    Claß



Th.und H. Mann

Elias

Stern

Brandt

# 1.VORBEMERKUNG

Die deutsche Sozialwissenschaftlerin Naika Foroutan, Direktorin des Instituts für empirische Migrations- und Integrationsforschung der Humboldt-Universität in Berlin, sah in einem aufschlussreichen Interview im Tagesspiegel vom 22.7. 2018 die gesellschaftliche Entwicklung Deutschlands und Europas in einer „präfaschistischen Phase“. Sie führte dazu u.a. Folgendes aus:

*„Die gesellschaftlichen Entwicklungen weisen in eine präfaschistische Phase... Europa rutscht gerade in eine Richtung, die keinen progressiven „sinnstiftenden Endpunkt“ mehr ansteuert wie Habermas mal den Treiber für gesellschaftliche Entwicklungen genannt hat: also den Blick auf gesellschaftliche Errungenschaften, die Sinn erzeugen und als Treiber der Entwicklung Gesellschaften nach vorne bringen. Wir befinden uns vielmehr in einer Phase der Destruktion. Der Zerstörung jener Errungenschaften, die die 68er mit herbeigeführt haben und die unser Verständnis von Gleichberechtigung, sexueller Selbstbestimmung, Toleranz und Meinungsfreiheit maßgeblich verändert und beeinflusst haben. Als der Abbau dieser Grundwerte in Ungarn passierte, dachte man noch, das sei ein ungarisches Phänomen, weil es dort kein '68 gab. Die PiS-Regierung in Polen haben wir irgendwie hingenommen, die Slowakei war zu klein, um Besorgnis zu*

*erregen. Jetzt wird Italien, eines der Gründerländer der EU, rechts dominiert, es werden Roma gezählt und Flüchtlinge als Invasoren entmenschlicht, die man im Mittelmeer sterben lassen sollte; in Wien hat die FPÖ Schlüsselministerien wie das Innenressort inne und fantasiert von Judenregistrierungen. Die strategische Entmoralisierung der Gesellschaften durch die rechten Extremen – ich nenne sie bewusst nicht rechte Konservative – gelingt, und zwischen Berlin, Wien, Rom ist wieder die Rede von einer „Achse“.<sup>1</sup>*

Präfaschistisch sind für Foroutan dabei ganz im Sinne Fritz Sterns Klassiker der 60er Jahre, „Kulturpessimismus als politische Gefahr“, die Gefahren einer Vorbereitung des Aufstiegs des Faschismus durch intellektuelle Kräfte, „die einen Pessimismus verbreiteten, der als einzigen Ausweg aus einer verachteten Gegenwart nur die komplette Zerstörung des Bestehenden übrig läßt“.<sup>2</sup> Fritz Stern bezieht sich mit seinen Ausführungen auf die geistige Situation und kulturpolitische Lage im Kaiserreich und in der Weimarer Republik



## 2.AUSGANGSLAGE

Wer in der lübeckischen Geschichte der letzten 100 Jahre nach Anhaltspunkten und Beispielen für solche Gefahrenherde des Präfaschismus sucht, um daraus Lernstoff für zeitgeschichtliche Überlegungen und die aktuelle Lage in Deutschland zu gewinnen, kommt nicht weit. Dabei ist die Barbarei des nationalsozialistischen Staates und der ihn stützenden Eliten in Lübeck ab und vor dem 30.1.1933<sup>3</sup> nicht vom Himmel gefallen.

Der eliminatorische Hass auf Andersdenkende und „Reichsfeinde“ wie Juden und Bolschewiken, Kommunisten, Sozialdemokraten usw. setzt sich nur in langen Zyklen der „strategischen Entmoralisierung“ (Foroutan) in Gewalt um.

Solche tiefgreifenden und langdauernden lebensgeschichtlichen Motivzyklen, sind gemeint, wie sie etwa Norbert Elias in seinem Vortrag „Zivilisation und Gewalt: Über das Staatsmonopol der körperlichen Gewalt und ihre Durchbrechungen“ 1980<sup>4</sup> darstellt. Dort kann man an einigen beispielhaften Lebensläufen nachvollziehen, wie sich ein über lange Zeit vertiefter kultureller Pessimismus zu Verzweiflung und zu Terrorismus steigern kann.

Elias spricht von dem „Doppelbinderprozess“ aus gegenseitigem Hass und Gewalt, der sich in seinen Beispielen aus den Jahren 1912, 1920 und in den 70er Jahren (RAF) entlädt. Elias belegt an Hand solcher Beispiele seine Auffassung, daß auch unter günstigsten Bedingungen der Vollzug eines Wandels der Persönlichkeitsstrukturen eine Kette von mehreren



Generationen im Leben eines Volkes brauche<sup>5</sup>. Wenn man sich also fragt, wie es im Deutschen Reich und in der Freien- und Hansestadt Lübeck unmittelbar nach dem Regierungsantritt Hitlers am 30.1.1933 innerhalb kürzester Zeit zu Gewaltexzessen gegen Andersdenkende kommen konnte, und die geistigen und kulturellen Eliten sich von heute auf morgen gewissermaßen gleichschalteten oder gleichschalten ließen<sup>6</sup> wird man zurückblicken müssen. Unsere Väter und Großväter haben vielleicht doch nicht bei Montesquieu, Lessing, Schiller und Goethe gelernt, wie man Konflikte löst. Die Rezepte waren offensichtlich anderer Herkunft und Natur.

Antjekathrin Grassmanns „Lübeckische Geschichte“<sup>7</sup> gibt zwar einen kurzen Überblick auf die in den 1920er Jahren unsere Stadt aufrüttelnde Auseinandersetzung von Dr. Johann Martin Andreas Neumann mit Dr. Julius Leber unter Hinweis auf die weit rechts stehende politische Einstellung Neumanns.

Für unsere Fragestellung ist allerdings daraus wenig zu gewinnen. Einen grundlegenden Beitrag zu der Kontroverse und ihren Hintergründen findet man dann in dem 2013 erschienenen Artikel des Lüneburger Historikers Dirk Stegmann, „Radikalisierung des Lübecker Bürgertums nach rechts - Alldeutscher Verband und Deutsche Vaterlands-Partei 1912-1918“.<sup>8</sup>

Stegmann, ein Schüler des Hamburger Historikers Fritz Fischer<sup>9</sup>, ermöglicht einen Einblick in die sich angesichts der Reichstagswahlen von 1912 radikalisierte Bürgergesellschaft Lübecks. Weitere Belege für die extrem nationalistische Geisteshaltung der Eliten der Bürgergesellschaft Lübecks in der Weimarer Zeit finden sich in der religionssoziologischen Arbeit von Hansjörg Buss „Entjudete“ Kirche. Die Lübecker Landeskirche

zwischen christlichem Antijudaismus und völkischem Antisemitismus“<sup>10</sup>.

### 3. DER SCHOCK VON 1912 UND DAS NATIONALE NETZWERK

Die Reichstagswahlen 1912 sind offenbar für einen Großteil des preußisch-deutschen Bürgertums im Deutschen Reich und im Bundesstaat Lübeck ein Schock. Denn die Sozialdemokraten werden mit 34,8% stärkste Fraktion im Reichstag. Sie gewinnen 5,9% hinzu.<sup>11</sup>

Ogleich die Verhältnisse in Lübeck aufgrund des für die Wahlen für das Land Lübeck geltenden Zweiklassenwahlrechts völlig anders waren<sup>12</sup>, nehmen die führenden Kräfte der Konservativen das Ergebnis im Reich als Weckruf. Zusammen mit den Eliten in Militär, Staat, Wirtschaft, Kirche und Gesellschaft suchen sie bei dieser - nach ihrem Selbstverständnis - bedrohlichen Lage von Staat und Gesellschaft die Gegenwehr in einem noch engeren Zusammenschluss<sup>13</sup> ihrer Kräfte.

Im Mittelpunkt steht dabei ein Netzwerk aus national konservativen Organisationen, das sich geographisch über das gesamte Kaiserreich erstreckt. Die Kraftlinien gehen vom straff hierarchisch organisierten Alldeutschen Verband (ADV) aus. Dessen über lange Zeit unbestrittene Führungsfigur ist ab 1908 (bis 1939) ihr Vorsitzender, Justizrat Dr. Heinrich Claß.<sup>14</sup>

Wie die konservative Revolution in Lübeck verläuft, auf welche Weise ihre Führungsfiguren vorgehen und wo die Fronten verlaufen, soll im Folgenden anhand der Lübecker Kontroverse zwischen Julius Leber und Johann Martin Andreas Neumann dargestellt werden.

## 4. DIE KONTRAHENTEN UND IHRE LAGER

Dr. Julius Leber<sup>15</sup> kam 1921 als Chefredakteur des Lübecker Volksboten nach Lübeck. 1891 im seit 1871 deutschen Elsass-Lothringen geboren, hatte er nach dem Abitur in Straßburg und Freiburg Nationalökonomie und Geschichte studiert, meldete sich 1914 freiwillig zum Kriegsdienst, wurde zweimal verwundet, erlitt eine Gasvergiftung, wurde mit dem EK 1 und 2 ausgezeichnet und ging als Leutnant ab. Er diente nach dem Krieg bis 1920 wieder als Batteriechef in der Reichswehr bei den Grenzschutztruppen im Osten. Danach studierte er in Freiburg weiter und wurde 1920 zum Dr.rer. pol. promoviert. Bereits als 14-jähriger trat er der SPD bei. 1921 wurde er Mitglied der Lübecker Bürgerschaft. Von 1924 bis 1933 war Leber auch Reichstagsabgeordneter.

Der 1865 in Lübeck geborene Dr. Johann Andreas Martin Neumann<sup>16</sup> besuchte das Katharineum und studierte in Freiburg, Leipzig und Kiel Rechtswissenschaften und Nationalökonomie. 1889 wurde er, zurück in Lübeck, Referendar, nach drei Jahren Assessor und ein Jahr später Richter am Landgericht. 1899 wählte man ihn in die Bürgerschaft und 1904 zum Senator. 1921 wurde er als Parteiloser Nachfolger von Bürgermeister Emil Ferdinand Fehling.

Leber erkannte in Neumann den Exponenten der ihm verhassten reaktionären nationalistischen Bewegung des preußisch-deutschen Kapitalismus. Als Batteriechef bei der Feldartillerie war Leber nach Kriegsende mit seiner Einheit kurz vor seiner Berufung nach Lübeck an der Ostfront schon einmal „zwischen die politischen Fronten“ geraten. Beim Kapp-Putsch (1920) hatte er sich mit seiner Einheit von Belgard aus auf die Seite der Republik gestellt und wurde (unter Protest) aus der Reichswehr entlassen.<sup>17</sup> In Lübeck traf er - nun als Chefredakteur des „Lübecker Volksboten, Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung“<sup>18</sup> - auf den parteilosen in seinen Kreisen unumstrittenen Anführer der extremen nationalen Rechten<sup>19</sup> in der Stadt, Dr. Neumann, der gerade zum Regierenden Bürgermeister der Stadtrepublik gewählt worden war.

Die Freie- und Hansestadt Lübeck war seit 1871 und bis zu ihrer Eingliederung in die Provinz Schleswig-Holstein 1937 neben Bremen und Hamburg eine der drei Republiken der 25 bzw. 26 (mit Elsass-Lothringen) Bundesstaaten des Deutschen Reiches. Die anderen Bundesstaaten waren Monarchien bzw. Fürstentümer. Lübeck rangierte nach der Einwohnerzahl von 1871 mit ca. 40.000 zwar an drittletzter Stelle der Bundesstaaten. Die industrielle Entwicklung der Boomjahre des letzten Viertels des 19. Jahrhunderts ließ die Handels- und Hafenstadt jedoch derart wachsen, dass am 1.11.1911 mit über 100.000 Einwohnern endlich die Bezeichnung „Großstadt“ erreicht werden konnte.<sup>20</sup>

Die rasante industrielle Entwicklung Lübecks erklärt auch den zunehmenden Erfolg der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien in Lübeck.<sup>21</sup> In den sechs Bürgerschaftswahlen von 1919 bis 1932 wurde die

SPD jeweils stärkste Partei. Erst in der Wahl am 6.3.1933 erhielt die NSDAP 42,8% gegenüber der SPD 38,3%.<sup>22</sup> Die SPD hatte in Lübeck 1894 noch 500, 1914 bereits 8034 Mitglieder.<sup>23</sup>

Die Auseinandersetzung zwischen der organisierten Arbeiterschaft einerseits und der Elite des preußisch-deutschen Bürgertums in Lübeck andererseits spiegelt sich auch in den beiden größten Tageszeitungen der Stadt wider: dem „Lübecker Generalanzeiger“ in der Königstraße mit 1929 45.000 Exemplaren und dem „Lübecker Volksboten“ in der Johannisstraße<sup>24</sup>, heute Julius-Leber-Straße, mit einer Auflage von 14.000 Exemplaren.<sup>25</sup>

Geschäftsführer des Lübecker Volksboten von 1895 bis 1919 war der 1841 in Lübeck geborene Johann Carl Theodor Schwartz<sup>26</sup>. Schwartz war ein „Arbeiterführer“ im klassischen Sinn der Gründungszeit der Arbeiterbewegung. Er war gelernter Former, arbeitete auch als Schiffsjunge, Matrose, Schiffskoch und Wirt in Lübeck.

1868 trat er dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein bei, wurde durch die Vereinigung der Arbeiterparteien 1875 Mitglied der SDAP, die 1890 in SPD umbenannt wurde. Von 1890 mit Ausnahme der Jahre 1893 bis 1898 gehörte er bis 1918 dem Reichstag und von 1905 bis 1921 der Lübecker Bürgerschaft an. Er hatte zwar am 2.12.1914 für die Kriegskredite gestimmt. Er wurde aber ab 1915 ein strikter Gegner der Kriegsführung und war deshalb am 4.7.1917 u.a. wie Karl Liebknecht (damals SPD) Gründungsmitglied der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD) in Gotha.

Neumann hingegen war ein beispielhafter Exponent des preußisch-deutschen und Lübecker Bürgertums des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Er

machte aus seiner nationalistischen, antirepublikanischen und antidemokratischen Gesinnung keinen Hehl. Frühzeitig hatte er sich dem ADV verschrieben. Er war 1901 mit 36 Jahren Vorsitzender der Ortsgruppe Lübeck<sup>27</sup> und propagierte dort und im Reich die Ziele seines Verbandes.

Neumann war enger Freund des späteren Vorsitzenden des ADV, Justizrat Dr. Claß<sup>28</sup> und von 1904 bis 1907 Mitglied der Hauptleitung des ADV.<sup>29</sup> Die Hauptleitung, deren Mitglieder auf drei Jahre gewählt wurden, bestand aus dem Vorsitzenden und bis zu fünf weiteren Mitgliedern.

Sie übernahm die Führungsaufgaben des streng hierarchisch ausgerichteten Verbandes.<sup>30</sup> Als lübischer Bevollmächtigter im Bundesrat war Neumann auch deshalb von besonderer Bedeutung, weil er vertrauliche Informationen über innen- und außenpolitische Entwicklungen auf hoher politischer Ebene an seinen Freund Claß weitergeben konnte.<sup>31</sup>

Von 1907 bis 1909 war Neumann auch Direktor der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeiten (Gemeinnützige). Neben Neumann waren aus der Stadtregierung die Senatoren Johann Heinrich Evers (1855-1926), Dr. Cay Diedrich Lienau (1867-1953) und Dr. Georg Kalkbrenner (1875-1956) Mitglieder des ADV.<sup>32</sup>

Die Gemeinnützige spielte im kulturellen und gesellschaftlichen Leben in der Zeit des Kaiserreiches und in der Weimarer Republik im Kleinstaat Lübeck eine große Rolle, die mit ihrer heutigen Bedeutung nicht zu vergleichen ist.<sup>33</sup> Deren Mitgliederzeitung, die „Lübeckischen Blätter“, waren damals für die Meinungsbildung des Bürgertums in der Stadt nicht zu überschätzen.<sup>34</sup> Maßgeblich für dieses

Meinungsmedium wurde in den 20er Jahren deren Schriftleiter (1922-1951) Paul Brockhaus.<sup>35</sup> Brockhaus verkörperte - wie das Dr. Manfred Eickhölter sagt - „wie kein zweiter Kulturschaffender Lübecks den Typus eines Deutsch-nationalen Bildungsbürgers, Antidemokrat von Herzen, Wegbereiter und treuer Anhänger einer nationalsozialistischen Erneuerung schon vor 1933“.<sup>36</sup> Er war Aktivist der „Niederdeutschen Bewegung“ und führendes Mitglied deren „Fehrs-Gilde“.

Spätestens in den 20er Jahren vertrat diese Gilde rassistische Positionen bis hin zu offenem Antisemitismus. Brockhaus hatte schon früh den Gedanken eines „niederdeutschen Kulturraumes von Flandern bis zum Baltikum“ auch in die „Nordische Gesellschaft“ in Lübeck eingebracht. Als Teil der völkischen Bewegung trat die Gilde offen für den Anschluss aller „niederdeutschen“ Länder an das Deutsche Reich ein.<sup>37</sup> Sie vertrat sozialdarwinistische und rassistisch-arische Ziele.<sup>38</sup> Brockhaus war als Mitglied des „Ehrenrates“ führendes Mitglied dieser Gilde.<sup>39</sup>

Ein drittes maßgebliches Mitglied der durch und durch reaktionären „geistigen Lebensform“ Lübecks und einer ihrer maßgeblichen finanziellen Treiber war der Lübecker Großkaufmann und Großindustrielle Emil Possehl (1850-1919). Er war zu seiner Zeit der reichste und wohl politisch einflussreichste Lübecker Bürger, auch durch sein politisches Wirken in Senat (seit 1901), Bürgerschaft (1891), in der Handelskammer und in den bekannten reichsweit tätigen deutsch-völkischen Vereinen und Verbänden.

Er war Mitglied des ADV<sup>40</sup>, bzw. dessen Gründungsmitglied.<sup>41</sup> In den Vorkriegsjahren eng mit Justizrat Claß verbunden, glaubte er wie Claß und

der 15 Jahre jüngere Neumann an den „volklich höheren Rang der germanischen Völker und an ihre Berufung zu ordnen und zu führen.“<sup>42</sup> Er war der Prototyp des patriarchalisch-autoritären Unternehmers ebenso wie die mit ihm gut befreundeten Alfred Hugenberg (Krupp-Konzern) und Emil Kirdorf (Rheinisch-Westfälisches-Kohlensynikat), beide ebenfalls mit großem Einfluß im ADV.

Nachdem der Gesamtverband des ADV 1911 in Lübeck getagt hatte, verfasste Possehl 1912 beispielsweise im Auftrag des ADV eine Denkschrift an das Reichsamt des Inneren, in der ein wirtschaftlicher Generalstab zur Sicherstellung der Versorgung des Deutschen Reiches im vom ADV erwünschten und erwarteten „großen Krieg“ vorgeschlagen wurde.<sup>43</sup>

Possehl und Neumann waren auch Gründungsmitglieder des 1912 in Berlin auf Anstoß des ADV gegründeten Deutschen Wehrvereins. Aus Anlass der Niederlage des Deutschen Reiches in der Zweiten Marokkokrise 1911 setzte sich der Wehrverein für die unverzügliche Aufrüstung der kaiserlichen Armee ein und forderte ganz im Sinne der geschäftlichen Interessen Possehls im Erz- und Stahlhandel die Einrichtung eines wirtschaftlichen Generalstabs. Neumann unterzeichnete im Landesverband Lübeck des Wehrvereins als Beisitzer.<sup>44</sup>

Von großem Einfluss auf das kulturelle Leben des Lübecker Staates und dessen bürgerlicher Gesellschaft war schließlich traditionell die Kirche, in Lübeck in erster Linie die evangelische Kirche. Ihre führenden Geistlichen waren in der hier fraglichen Zeit mehrheitlich in nationalen und nationalistischen Vereinen engagiert.<sup>45</sup> Gleiches galt auch für die Justiz, hier waren beispielsweise die Landgerichtspräsidenten Hoppenstedt (1834-1910)



und Dr. Richard Oemler (1913-1930) Mitglieder des ADV.<sup>46</sup>

## 5. ALLDEUTSCHER VERBAND ALS MUTTERLAUGE DER KONSERVATIVEN REVOLUTION

Der ADV war ein wichtiger Ideengeber des konservativen und rechtsnationalen preußisch-deutschen Bürgertums vom Kaiserreich über die Weimarer Zeit bis hin zum Nationalsozialismus. Der Historiker Gerd Fesser spricht von der „Mutterlauge“ des Nationalsozialismus.<sup>47</sup> Das gilt auch für Lübeck, dessen Ortsgruppe unter Neumanns Vorsitz besonders aktiv war<sup>48</sup>. 1917 hatte die Lübecker Ortsgruppe bei rd. 100.000 Einwohnern immerhin 300 Mitglieder.<sup>49</sup> Im Vergleich zur größten Lokalgruppe des ADV mit 640 Mitgliedern in der Hansestadt Hamburg mit damals rd. 840.000 Einwohnern war das eine beachtliche Leistung, besonders ihres Vorsitzenden Neumann.<sup>50</sup>

Der ADV war der Thinktank und nationalistische Vorläufer der „Konservativen Revolution“<sup>51</sup> und des Nationalsozialismus. Nach seinem Selbstverständnis war er zugleich die kulturelle Sammelstelle u.a. der folgenden tief im Bürgertum des Bismarckreiches und der Weimarer Republik<sup>52</sup> verwurzelten nationalen Fachvereine und Parteien mit großer gesellschaftlicher Breite: Deutscher Flottenverein, Deutscher Kolonialverein, Deutscher Wehrverein, Evangelischer Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen, Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, Hamburgischer Verband gegen die Sozialdemokratie,

Unabhängiger Ausschuss für einen Deutschen Frieden,  
 Hauptvermittlungsstelle der vaterländischen Vereine und Verbände,  
 Deutsche Vaterlandspartei, Verein für das Deutschtum im Ausland,  
 Deutscher Ostmarkenverein und Deutschbund.<sup>53</sup> Bereits 1901 hatte der  
 ADV ca. 22.000 Einzelmitglieder, ihm gehörten 93 Vereine als korporative  
 Mitglieder mit ca.150.000 Personen an.<sup>54</sup>

Die Intentionen des ADV waren keineswegs rückwärtsgewandt. Claß  
 schwebte eine Ordnung der Moderne nach rassistischen Kriterien vor. Die  
 „größere Zukunft“ sollte der Krieg erwirken als „Lösung aller europäischen  
 Fragen“.<sup>55</sup> Gründungspate dieses mächtigen Thinktanks waren ein 1891  
 noch nahezu unbekannter äußerst begabter 25jähriger Regierungsassessor,  
 Alfred Hugenberg, und Carl Peters. Hugenberg war ein Spezialist für  
 Aufbau- und Ablauforganisation von personellen Netzwerken. Peters war  
 der später wegen seines grausamen Vorgehens gegen die Eingeborenen  
 Ostafrikas „Hänge-Peters“ genannte Kolonialpolitiker Carl Peters.<sup>56</sup>

Seit dem 1. Juli 1894 hieß der Verband „Alldeutscher Verband“. Er gewann  
 im Laufe der Zeit, zunächst unter seinem ersten Vorsitzenden Prof. Dr. Ernst  
 Hasse (ab 1893) und ab 1908-1939 unter Justizrat Dr. Heinrich Claß  
 erheblichen, wenn auch zeitweise durchaus umstrittenen Einfluß<sup>57</sup> auf die  
 Politik von Reich und Bundesländern.

Jedenfalls stand er fast 50 Jahre, d.h. annähernd zwei Generationen lang,  
 immer wieder im Mittelpunkt der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen,  
 wenn es um Kriegsziele, Kolonialpolitik, Außenpolitik, Innen- und  
 Rechtspolitik, insbesondere, wenn es um die Stellung der Juden, von  
 Ausländern, von Sozialdemokraten und Liberalen, der Medien- und

Kirchenpolitik ging. Der Verein verstand sich als Wahrer des wirklichen Deutschtums und Hüter der wahren Deutschen Bildung. Der ADV ist im März 1939 von Reinhard Heydrich, dem Chef der Sicherheitspolizei, aufgelöst worden mit dem m.E. zutreffenden Bemerkten, er habe sein Programm erfüllt.<sup>58</sup>

Kriegsziele und Diktaturpläne: Die Verbandsleitung des ADV gab ihrem Vorsitzenden Claß Ende August 1914 auf ihrer Sitzung in Berlin weitgehende Vollmachten. So konnte er z.B. die Vorlage zu den Kriegszielvorschlägen, die er zuvor u.a. mit Hugenberg abgestimmt hatte,<sup>59</sup> in Wort und Tat umsetzen. Zu diesen Zielen gehörte u.a. das wohl erste Programm zur Vertreibung volksfremder Kräfte in Europa im 20.Jahrhundert. Johannes Leicht schreibt dazu in seiner Claß-Biographie:

„ Die militärische Eroberung von Siedlungsgebieten, vornehmlich in Ost- und Mitteleuropa sowie die politische Implementierung einer ethnisch homogenen Bevölkerung durch staatlich organisierte Umsiedlungsaktionen. Die Verbindung der geopolitischen Chiffre „Lebensraum“ mit der biopolitischen Semantik vom „Volk“ als organisch konzipiertem Kollektivkörper in einem konkreten Vorschlag zur Wiederherstellung einer vermeintlich natürlichen Ordnung bildete den Kern alldeutscher Kriegszielforderungen. Der Nexus von territorialer Expansion nach außen und ethnischer Segregation nach Innen versprach die Realisierung der Vision einer ethnisch-kulturell homogenen, sozial pazifizierten und politisch konformen „Volksgemeinschaft“. <sup>60</sup> Die Umsetzung des Programmes bedurfte eines starken Führers.

## 6. PAUL DE LAGARDE: WORTGEBER DER KONSERVATIVEN REVOLUTION

Die ideologischen Wurzeln des ADV reichen tief in die reaktionäre Gedankenwelt der Gegenaufklärung und Romantik des 18. und 19. Jahrhunderts.

Geistiger Ahnherr dieses Verbandes war ein scharfzüngiger Gelehrter, der sich beruflich einer kritische Rekonstruktion des Alten- und Neuen Testaments auf der Grundlage der ersten, auch orientalischen Texte verschrieben hatte, Paul de Lagarde (1827-1891).<sup>61</sup>

Der spätere Lübecker Nobelpreisträger Thomas Mann rechnete Lagarde noch im Alter von 41 Jahren in den „Betrachtungen eines Unpolitischen“ 1918 neben Nietzsche und Wagner zu „den Großen dieses Volkes“<sup>62</sup> und bezeichnete ihn als „Praeceptor Germaniae“ (Lehrmeister Deutschlands).<sup>63</sup> Lagarde gab dem traditionellen Kulturpessimismus der geistigen und ökonomischen Elite des Kaiserreiches Ende des 19. Jahrhunderts ganz im Sinne Fritz Sterns<sup>64</sup> mit folgenden vier Überlegungen die bündige Fassung:<sup>65</sup>

1. Angesichts des drohenden geistigen und wirtschaftlichen Niederganges des Deutschen Reiches und für den Fortbestand des Deutschen Volkes unerlässlich sei eine einende nationale Erhebung und eine neue nationale Religion. Um den unfruchtbaren Streit der alten Religionsgemeinschaf-

ten, die die Nation spalten, zu überwinden, wird eine neue politische Glaubensgemeinschaft zu gründen sein. Nur eine solche führt zur Wiedergeburt des Deutschen Reiches. Das Entstehen dieser nationalen Religion bedarf allerdings eines heldischen Führers. „Nur eines Mannes großer, fester, reiner Wille kann uns helfen, eines Königs-Wille, nicht Parlamente, nicht Gesetze, nicht das Streben machtloser Einzelner“.<sup>66</sup>

2. Für den Neuaufbau dieses Deutschen Reiches sind die Begriffe „Staat“ und „Nation“ neu zu bestimmen. Anders als nach der überkommenen hegelschen Definition ist der „Staat“ nichts als eine Maschine, die bestimmte Aufgaben zu erfüllen hat. Demgegenüber ist die „Nation“ die eigentliche (mystische) Verkörperung des Volkes. Ein Volk kann nur dann zur Nation werden, wenn es in seiner Gesamtheit die ihm von Gott bestimmte Sendung annimmt. Die so gebildete Nation kennt keine Schranken (und Gesetze). Sie hat nur einen Willen und kennt keinen Zwist. Sie verkörpert die immanente Einheit artgleicher Menschen. Ihr Wille kann nicht angefochten werden.<sup>67</sup>
  
3. Den Juden, die neben der Arbeiterbewegung und dem um sich greifenden Liberalismus in Politik und Kultur Grund für Deutschlands Zwietracht und Niedergang sind, müssen ihre Existenzmittel genommen werden (Banken). Sie haben als Artfremde keinen Platz in dem geeinten Deutschen Volk. Mit diesem „wuchernden Ungeziefer“ könne es „keinen Kompromiss geben“. Mit Trichinen und Bazillen wird nicht verhandelt. Trichinen und Bazillen werden auch nicht erzogen. Sie werden so rasch und so gründlich wie möglich vernichtet“.<sup>68</sup> Fritz Stern schreibt dazu: „Nur wenige Menschen haben Hitlers Vernichtungswerk so genau vorhergesagt - und so entschieden im voraus gebilligt“.<sup>69</sup>

4. Das Deutsche Reich, das durch seine geografische Lage in Europa ungeschützt seinen Feinden (den Großmächten Russland, Frankreich, England) ausgesetzt sei, muss in „Mitteleuropa“ unbesiegbar werden. Deshalb ist die Kolonisierung Polens unabdingbar. Als erster Schritt ist dazu die Austreibung aller polnischen Juden erforderlich. Dann sollten den Slowenen, Tschechen, Ungarn und allen nicht deutschen Völkern innerhalb der österreichischen Monarchie Gebiete zugewiesen werden, in denen sie leben, sterben und vergessen werden könnten. Damit beherrschten die Deutschen ganz Mitteleuropa und könnten darüber hinaus im Osten Kolonialgebiete erobern.<sup>70</sup> Zu einer wirksamen Verteidigung des Deutschen Reichs solle ferner im Westen des Reiches Elsass und Lothringen östlich „von den Argonnen“ zu Deutschland gezogen werden.<sup>71</sup>

## 7. DAS GESPALTENE LÜBECK

Der ADV trommelte mit seinen angeschlossenen Verbänden unermüdlich für die geistige Erneuerung und die ökonomische und militärische Stärkung des Reiches, eben für den „Griff nach der Weltmacht“<sup>72</sup> (im Sinne Fritz Fischers gleichnamigem Buch). Vor Ort, in Lübeck und anderswo, waren dabei alle Andersdenkenden, die Arbeiterparteien und freien Gewerkschaften „Feinde“. Es waren „Feinde“ und nicht „Gegner“. Wir können uns heute nur schwer vorstellen, wie tief die Spaltung der Gesellschaft vor Ort ging und mit welchem bis in die Familien reichenden Hass auf Andersdenkende die beteiligten Milieus aufeinander reagierten.<sup>73</sup>

Der Lübecker Schriftsteller Heinrich Mann hat das enge städtische Lübecker Milieu ganz zutreffend in seinem 1914 verfassten und 1918 erschienenen Roman „Der Untertan“<sup>74</sup> beschrieben.

Dabei muss man sich vor Augen führen, dass das von Heinrich Mann beschriebene Gesellschaftsmodell nicht allein auf den alles überdeckenden Klassenkonflikt zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts zurückgeführt werden kann. Norbert Elias deutet den Hohenzollernstaat in seinen gesellschaftlichen Wirkungen auf das Bürgertum nach 1871 vielmehr einleuchtend folgendermaßen:

*„... bürgerliche Industrielle und Kapitalbesitzer bildeten nicht die herrschende, die Oberschicht des Landes. Die Stellung des Kriegs- und Beamtenadels als höchstrangige und mächtigste Schicht der Gesellschaft wurde durch den Sieg von 1871 nicht nur gewahrt, sondern verstärkt. Nicht das gesamte, aber doch ein guter Teil des Bürgertums passte sich verhältnismäßig rasch diesen Gegebenheiten an. Sie fügten sich als Vertreter einer zweitrangigen Klasse, als Untertanen, in die Gesellschaftsordnung des Kaiserreichs ein.“<sup>75</sup>*

Die Verhaltensweisen des Kriegs- und Beamtenadels prägten also die bürgerliche Elite. Ein klassisches Beispiel dafür ist der wegen seines autoritären Verhaltens seinerzeit von vielen in Lübeck gehasste „Herrenmensch“ Emil Possehl.<sup>76</sup> Die „werk tätige Bevölkerung“ hatte auch noch in dem nachrevolutionären Lübeck kaum etwas mit den Kreisen der „Bürgerlichen“ zu tun. Denn die Kulturen überschritten sich wenig bis überhaupt nicht. Die Lebenswelten waren getrennt. Man verkehrte in je

unterschiedlichen Gaststätten, Sportvereinen, Kulturveranstaltungen, Wohnwelten, Arbeitswelten, hatte andere Lesetraditionen, Erziehungsstile, Bildungsinstitute, politische Einstellungen usw.

Den schlagenden Beweis für die sich vertiefende Spaltung der Stadtgesellschaft vom Kaiserreich bis in die Weimarer Republik liefert die Verachtung der bürgerlichen Elite des Freistaates gegenüber der Arbeiterschaft in kulturellen Fragen, wie sie in den Vorbereitungen der als Haupt- und Staatsaktion des Jahres 1926 angelegten 700-Jahr-Feier der Reichsfreiheit zum Ausdruck kommt.

Mit der Vorbereitung begann man ein Jahr zuvor. Bürgermeister Neumann, der die Organisation leitete, erklärte noch am 17. Juni 1925 im Bürgerschaftssaal des Rathauses, „dass die Feier nur veranstaltet werden könne, wenn sie eine gemeinsame Angelegenheit der gesamten lübeckischen Bevölkerung und über jeden Streit und Gegensatz der Meinungen, der Parteien, der Berufe, der Konfessionen und der sozialen Schichtung hinausgehoben werde.“<sup>77</sup>

Von der Organisation von Anfang an ausgeschlossen waren indes, entgegen der hohen Worte des Bürgermeisters, die Bürgerschaftsvertreter der werktätigen Bevölkerung in der Stadt, die Mitglieder von SPD und KPD, die rund 50% der Stimmen der Bürgerschaft vertraten, und die Freien Gewerkschaften, also praktisch der überwiegende Teil der Stadtbevölkerung.

Man konnte sie - ohne zur Verantwortung gezogen zu werden - geflissentlich übersehen. Diese Form der sichtbaren Geringschätzung der



kulturellen Elite gegenüber der Vertretung der Arbeiterschaft legt zugleich offen, dass das Narrativ vom „Roten Lübeck“ in der Weimarer Republik nicht begründet ist.<sup>78</sup>

Als der promovierte, im Ersten Weltkrieg verwundete und mehrfach militärisch ausgezeichnete Leutnant und Journalist Julius Leber 1927 die Tochter Annedore (1904-1968) des Direktors des Lübecker Katherineums, Dr. Georg Rosenthal, heiratete, geschah das jedenfalls gegen den erklärten Willen der Eltern. Denn die Maßstäbe für den Umgang der höheren Töchter in Lübecker gebildeten Kreisen waren damals eindeutig: Mit Sozialisten hatte man nichts zu schaffen. Erst später wurde man sich bei den Rosenthals einig, im Widerstand gegen Hitler. Georg Rosenthal nahm sich 1934 nach seiner Entlassung aus dem Schuldienst das Leben.

## 8. DAS PRÄFASCHISTISCHE LÜBECK

Das politische Lübeck erlebte 1926, sieben Jahre vor dem Ausbruch des offenen staatlichen Faschismus am 30.1.1933, zwei einschneidende Ereignisse, die der Barbarei des Nationalsozialismus vorausgingen. Sie lesen sich wie ein Menetekel der kommenden Katastrophe:

Erstens die Entdeckung, dass der Freistaat still und heimlich, spätestens seit 1912, im Laufe der Zeit und von der breiten Öffentlichkeit nahezu unbemerkt, in die Hände eines faschistischen völkischen medialen Netzwerks geraten war (6.2.).

Zweitens, dass ihr Regierender Bürgermeister, eine bisher untadelige hochgeachtete Vertrauensperson des Lübecker Patriziats, seit rund 20 Jahren hinter dem Rücken der Öffentlichkeit mit führenden Persönlichkeiten und Gruppierungen der konservativen Revolution im Freistaat und im Gesamtstaat eine Änderung der gesellschaftlichen und politischen Verfassung anstrebte. Er war nicht Biedermann sondern Brandstifter (6.3.).

Eine Voraussetzung für diesen moralisch-politischen Bankrott der Stadtgesellschaft war ihre Unfähigkeit zur aufmerksamen Wahrnehmung der Zeichen einer sich seit langem verändernden Struktur der Öffentlichkeit. Das führte in eine von Jahr zu Jahr sich vertiefende Spaltung der Kulturen, die man einfach zugelassen hat. In ihren wechselseitig abgeschlossenen sozialen und kulturellen Welten, ihren „Blasen“, eingeschlossen und aufgrund der am Ende nicht zu überbrückenden Sprachlosigkeit, radikalisierten sich bürgerliche Elite und Arbeiterschaft wechselseitig. Der Doppelbinderprozess nahm seinen Lauf. Das Bürgertum konnte so unmittelbar am 30.1.1933, am Tag des Umsturzes, jeden Anstand<sup>79</sup> verlieren.

Noch nach dem 12. Mai 1926, also sieben Jahre vor der Naziherrschaft, als die städtische Gesellschaft in Lübeck durch das Auffliegen des Lübecker Putschversuches hätte aufschrecken müssen, hätte man möglicherweise umsteuern können. Stattdessen deckte die pompös inszenierte Reichsfreiheitsfeier<sup>80</sup> die Katastrophe zu. Denn dort war von „Lübeck als geistige Lebensform“ die Rede (Titel des Vortrages von Thomas Mann am 5. Juni 1926 im Stadttheater) und kein Ton vom Präfaschismus in der Stadt, was angesichts der aktuellen geistigen und sozialen Verfassung des Freistaats und aufgrund der Ereignisse am 3. Juni 1926, d.h. des

morgendlichen Rücktritts von Bürgermeister Dr. Neumann, nahe gelegen hätte.

Thomas Mann feierte sich indes im Wesentlichen selbst als das Beispiel des mit der Vaterstadt tief verbundenen Künstlers an sich und verlor kein Wort über die sich aufdrängende demokratische Verantwortung des Bürgers für sein Gemeinwesen, das gerade auseinander zu brechen drohte. Stattdessen heißt es in seiner Rede abschließend: „Wir feiern ein Heimatfest, ein Fest städtisch-bürgerlichen Gedenkens. Da sind auch die weitgewanderten Künstler zur Stelle. Wie alles ist in der Welt entzweit, bergen sie sich in den Mauern der siebengetürmten Vaterstadt, um unter ihren Mitbürgern gute Zeit zu finden“.<sup>81</sup> Was er denn auch persönlich tat. Er feierte in der Wohnung Ida Boy-Eds im Burgtor, zusammen mit dem Dirigenten Hermann Abendroth und anderen, auch von ihm selbst eingeladenen Gästen, am 6. Juni 1926 seinen 51. Geburtstag und schaute sich den Festumzug von oben an.<sup>82</sup>

ber Neumann und die politischen Ereignisse hat man sich dort sehr wohl unterhalten.<sup>83</sup> Reinen Wein in der Öffentlichkeit einzuschenken, das hochgelobte „Lübecker Weltbürgertum“ zur Gegenwehr aufzurufen, war offenbar weder von den bürgerlichen Organisatoren der Feier noch von den auswärtigen Kennern der Stadt, die eingeladen waren, erwünscht. Ein mutiges Wort von Thomas Mann wäre 1926 indes dringend geboten gewesen.<sup>84</sup>

## 9. HITLER KAM AUS DER MUSTERBAHN

Die Kindheitserinnerungen des 1927 in Lübeck geborenen Journalisten Rolf Winter, „Hitler kam aus der Dankwartsgrube (und kommt vielleicht mal wieder),“<sup>85</sup> erzählt von der Armut und vielfältigen Abhängigkeit der Lübecker Arbeiterschaft, die unter teils erbärmlichen Bedingungen in den Gruben wohnte. In diesen zum Teil trostlosen Verhältnissen sah Winter die Brutstätten des Nationalsozialismus in Lübeck. In Wirklichkeit lagen jedoch diese Verhältnisse und vor allem die für die Gewalttätigkeit notwendigen antirepublikanischen Ideologien mit dem Eigentum an den engen Mietshäusern in den Händen der elitären Lübecker Bürgerschaft, die in der Oberstadt wohnte, wie etwa Emil Possehl, der seine Privatwohnung, wenige Schritte von der Dankwartsgrube entfernt, oben auf dem Stadthügel in der Musterbahn hatte, mit idylischem Blick auf den Mühlenteich. Von dieser Art bürgerlicher Elite stammten die Ideen einer nationalen Diktatur im Sinne des von Possehl unterstützten ADV. Sie keimten dann heran zu Hass und Gewaltbereitschaft auch in der Dankwartsgrube.

Dort kochte Armut und herrschte Wut und Hass auf die Herrenmenschen, die mit ihren Vorstehhunden, wie das Winter am Beispiel des Spediteurs Longuet schildert, in die Dankwartsgrube kamen, um dort die Miete abzukassieren. Die Lebenswelten des Industrie- und Beamtenadels im Kaiserreich und der Weimarer Republik einerseits und diejenige der

Industrie- und Hafenarbeiter andererseits trafen auf der bloß 100 ha großen Altstadtinsel Lübecks hart aufeinander. Willy Brandt erzählt etwa davon, wie er als Junge mit acht Jahren, als die Belegschaft des Betriebes, in dem sein Großvater Ludwig Frahm (1875-1935) arbeitete, den Dräger-Werken, ausgesperrt worden war, von einem der an ihm vorbeigehenden Direktoren des bestreikten Betriebes zwei frisch gebackene Brote geschenkt bekommen habe. Als er diese zu Hause habe abgeben wollen, und gefragt worden sei, woher er sie habe, musste der Junge sie in den Bäckerladen zurückbringen. Brandt schreibt, er habe auf diese Weise früh und eindrücklich etwas über Klassenbewusstsein gelernt, dass nämlich ein aufrechter Arbeiter, zumal im Arbeitskampf, sich „nicht mit Almosen abspeisen lässt“.<sup>86</sup>

Die Klassenfrage war damals kurz und bündig beantwortet. Während beispielsweise Willy Brandts Großvater, zunächst mecklenburgischer Landarbeiter, dann in Lübeck einfacher Arbeiter und anschließend Lastwagenfahrer bei den Dräger-Werken mit 50 Mark wöchentlich, d.h. mit 2.400 Mark im Jahr, für seine fünfköpfige Familie auskommen musste,<sup>87</sup> konnte Possehl 1916 ohne weiteres 50.000 Mark für den Kauf und Aufbau des völkischen ADV Blattes „Deutsche Zeitung“ erübrigen, damit es seine rassistischen und annexionistischen Botschaften im Sinne des ADV unter das Volk bringen konnte.

Mit von Partie war übrigens der Senatskollege Possehls, Senator Neumann, der ebenfalls mit 50.000 Mark für die Deutsche Zeitung auf der Spendenliste stand.<sup>88</sup> Wie der spätere Bürgermeister Neumann allerdings einen solch beachtlichen Betrag nebenher hatte selbst aufbringen können, bleibt schleierhaft. Von seinem Senatorengehalt war das nicht möglich. Die

Vermutung liegt nahe, dass er diese Geldmittel aus Nebeneinkünften bezog, die mit Hugenberg oder Possehl in Beziehung standen).

## 10. LÜBECKS UNSICHTBARER HERRSCHER

Am Dienstag, dem 8. Juni 1926, die 700-Jahrfeier der Reichsfreiheit, ohne jede Beteiligung der Vertreter der SPD und Gewerkschaften durch Bürgermeister Neumann und von einem Komitee unter Leitung Dr. Fritz Endres organisiert, war vom 3. bis 6. Juni 1926 gerade mit großem Pomp gefeiert worden, veröffentlichte Julius Leber im Lübecker Volksboten auf Seite eins unter dem Titel: „Lübecks unsichtbarer Herrscher“<sup>89</sup> eine zunächst unglaubliche Geschichte: Bürgermeister Neumann sei in seiner Lübecker Dienstzeit zugleich Vorsitzender des Verwaltungsausschusses der Scherl-Verlags-GmbH in Berlin gewesen. Dazu muss man Folgendes wissen: Der Scherl-Verlag war das Herzstück des von Alfred Hugenberg aufgebauten Medien- und Zeitungsimperiums. Der Verwaltungsausschuss entspricht dabei dem Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft. Der Scherl-Verlag also, die Spinne im medialen reichsweiten Netzwerk des Propagandisten eines völkischen Nationalstaates, Hugenberg, sollte vom Lübecker Bürgermeister gesteuert worden sein?

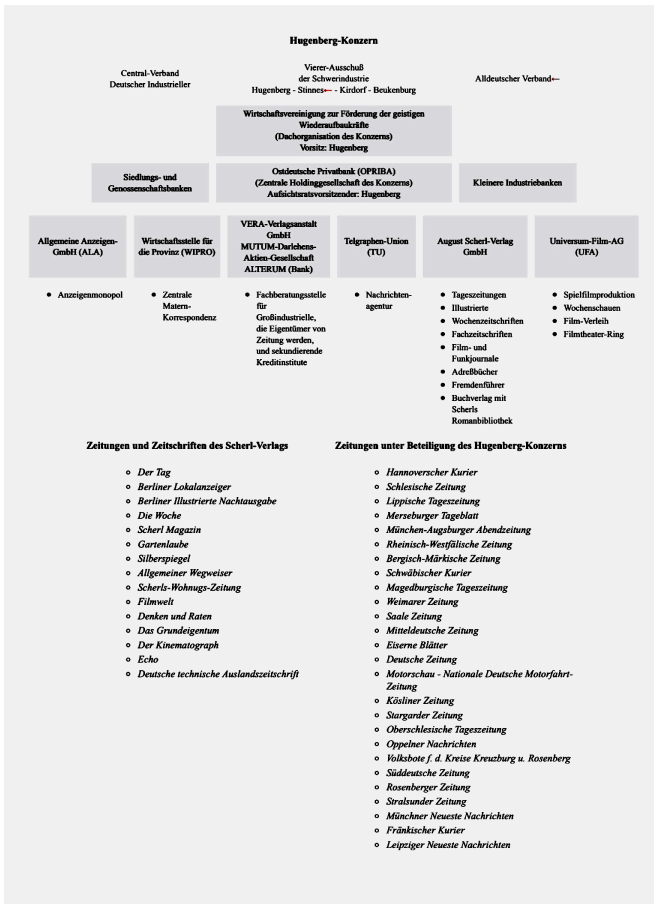
Hugenberg war nicht nur der Mitgründer und Organisator des ADV. Er hatte noch während seiner Zeit als Vorsitzender im Direktorium der Friedrich Krupp AG (1908-1918) ab 1912 nach und nach den seinerzeit größten Medienkonzern Deutschlands aufgebaut und steuerte ihn im Sinne der

Zielsetzungen des ADV konsequent in den Nationalsozialismus.<sup>90</sup> Das dargestellte Organisationsschema veranschaulicht die Reichweite der propagandistischen medialen Durchdringungsbreite und -tiefe der

Hugenbergschen Firmen. Hervorzuheben ist dabei das mit der Allgemeinen Anzeigen GmbH (ALA) angestrebte Anzeigenmonopol auf dem deutschen Medienmarkt. Darüber steuerte Hugenberg auch Lokalblätter, die nicht in seinem Besitz waren.

Der Lübecker Bürgermeister war jedenfalls als Verwaltungsratsvorsitzender des Scherl-Verlages kein unabhängiger Entscheider. Im Konzerngefüge spielte er vielmehr die Rolle des abhängigen treuhänderischen Auftragnehmers seines Freundes Hugenberg. Auch nach der damaligen Senatsverfassung Lübecks hätte er deshalb zu keinem Zeitpunkt diese, wirtschaftlich betrachtet, weisungsgebundene Tätigkeit eines Verwaltungsratsvorsitzenden im Konzerngefüge Hugenbergs ausüben dürfen, ob bezahlt oder unbezahlt, wobei letzteres auch angesichts der 50.000 Markspende für die Deutsche Zeitung eher unwahrscheinlich ist.

In der Öffentlichkeit wurde nach der Veröffentlichung dieses Skandals heftig darüber gestritten, ob der Bürgermeister für die Vorsitzendentätigkeit im Hugenberg-Konzern eine Nebentätigkeitsgenehmigung hatte und, wenn ja, ob diese hätte rechtens erteilt werden dürfen, da es sich um eine möglicherweise bezahlte (und damit verbotene) Nebentätigkeit gehandelt haben würde.<sup>91</sup> Dieses juristische Geplänkel diente offensichtlich der Ablenkung



der Öffentlichkeit von den in Wirklichkeit bestehenden skandalösen Verhältnissen. Die Tätigkeit war nach Staats- und Kommunalverfassungsrecht in jedem Fall ausgeschlossen.

*Die Sichtweise Lebers bringt die Verhältnisse auf den Punkt: „... Und doch war er (Hugenberg, M.B.) der eigentliche unsichtbare Herrscher dieser Stadt, die er selbst vielleicht nie gesehen. Den*



*Staat hatte er in der Hand durch sein Oberhaupt, die Presse durch die größte Inseratenplantage. Sein Wille war maßgebend, beschränkt nur durch den leidenschaftlichen Widerstand der darob täglich beschimpften und begeisterten Sozialdemokratie (Sperrungen im Original, MB)“.<sup>92</sup>*

Leber beschreibt folgerichtig die tatsächlichen damaligen Verhältnisse im Freistaat. Er bestätigt den tiefen Hass der Elite des Bürgertums, die innerhalb des ADV mit ihrer Ideologie und Konspiration immer wieder versuchte, die Macht für die konservative Revolution in den Ländern und im Reich an sich zu reißen. Dies geschah heimlich und in den seit Ende des 19. Jahrhunderts dafür geschaffenen Netzwerken des ADV. Die Akteure traten selten nach außen offen auf.

In Lübeck und anderswo gründeten sich indes „ihre“ Sturmtruppen, der bewaffnete Arm des „Nationalen Widerstandes“.

Ein Jahr vor der Katastrophe des vierten Staatsstreichversuchs kam es am 9. April 1925 im Turnerschaftshaus zur Gründung der NSDAP.<sup>93</sup> Polizeisenator Mehrlein (SPD) verhängte noch im Herbst 1925 ein Redeverbot für Adolf Hitler in Lübeck.<sup>94</sup> Am 1.10.1929 wird indes die erste SS-Formation in Lübeck aufgestellt.

Deren und ihrer Hintermänner Saat geht in der Folgezeit Schritt für Schritt auf. So berichtet die Norddeutsche Zeitung unter dem 30.10.1930 über eine Versammlung der NSDAP in Lübeck mit dem Thema „Das Verhältnis der Nationalsozialisten zum Privateigentum“. Namhafte Wirtschaftsführer Lübecks wie der Inhaber eines großen Tuchlagers und Mitglied der DVP, Konsul Herman Gustav Stolterfoth und Konsul Boje und andere, hätten den

Bannemanns<sup>95</sup> (NSDAP) und Albrechts (Gauleiter im Nazi-Gau Mecklenburg-Lübeck, der den Vortrag hielt), Beifall gezollt.<sup>96</sup>

1932 nach dem Preußenschlag, d.h. nach der verfassungswidrigen Absetzung der SPD-geführten Regierung unter Otto Braun in Preußen am 20. Juli 1932 durch Reichskanzler Papen (Hermann Göring wird als Ministerpräsident eingesetzt),<sup>97</sup> verschärfte sich der Gewaltkurs. Den Tag nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler hätte Julius Leber ohne persönlichen Leibwächter, der in Notwehr einen in der Nacht angreifenden SA-Mann erstach, nicht überlebt.<sup>98</sup>

Der Vorsitzende der SPD in Lübeck, Julius Leber, war längst zur Zielscheibe aller faschistischen Kräfte im Freistaat geworden. Der Lübecker Historiker Dr. Wolfgang Muth beschreibt den beispielhaft aufrechten Werdegang Lebers im Gegenüber der völkischen Kräfte gut:

*„Im Juli 1923 wollte der „Schwartauer Hakenkreuzbund“ eine Fahnenweihe feiern. Die Lübecker SPD rief zu einer öffentlichen Gegendemonstration auf, an ihrer Spitze marschierte Leber. Nach gewalttätigen Auseinandersetzungen zogen sich die Völkischen in eine Gaststätte zurück und verbarrikadierten sich. Leber gelang es, Zugang zu dem Lokal zu bekommen, und erreichte die Übergabe der Fahne an ihn gegen die Zusage, dass die Lübecker Sozialdemokraten sich zum Schwartauer Markt zurückziehen würden.“*

*Im Sommer 1924 beantragte die deutschvölkische Fraktion in der Bürgerschaft, einen Gedenkstein für Albert Leo Schlageter in*

*Lübeck zu errichten. Der junge Mann hatte während der Besetzung des Ruhrgebietes durch Belgien und Frankreich Attentate auf die ausländischen Besatzungstruppen verübt und war deshalb von einem französischen Kriegsgericht zum Tode verurteilt worden.*

*Leber sprach vehement gegen den Antrag. Schlageter sei durch die nationalistische Propaganda verhetzt worden und habe durch seine Taten der „Hetzpropaganda Poincarés in Frankreich“ ungeheueren Vorschub geleistet. Das Nationalgefühl der Sozialdemokratie sei durch die Achtung anderer Nationen geprägt. Nur gegenseitiges Verständnis könne zu einem langfristigen Weltfrieden beitragen. Damit zog er sich zum ersten Mal den Zorn der Völkischen zu. Erste Drohungen gegen ihn wurden öffentlich ausgesprochen.*

*1926 kam es in der Bürgerschaft zu einer Debatte über die Einbürgerung von Juden, in der er der Rechten antisemitische Motivationen unterstellte. Die Deutschvölkischen hielten ihm vor, dass er wahrscheinlich selbst Jude oder jüdisch versippt sei. Leber verwahrte sich scharf dagegen und warf seinem Hauptwidersacher vor, er könne ihn dann mit dem gleichen Recht einen Indianer nennen.*

*Die Auseinandersetzung zwischen ihm und den stärker werdenden Nationalsozialisten verschärfte sich immer mehr. Schon 1930 drohte ihm der NS-Bürgerschaftsabgeordnete Hoffmann: „Es kommt einmal die Stunde, wo wir an ihre Tür klopfen werden mit den Worten: „Herr Dr. Leber, es ist so weit!“ In der Öffentlichkeit wurde von Seiten aufgetriebener Nationalsozialisten verkündet: „Zwei Stunden nach unserem Sieg hängt Leber auf dem Marktplatz.“<sup>99</sup>*

Insgesamt entwickelte sich Leber für die Lübecker NSDAP zu ihrem schlimmsten Feind. Noch nach der Machtübertragung im Frühjahr 1933 hieß es in der nationalsozialistischen Propaganda im Zusammenhang mit Berichten über frühe Widerstandstaten oder die Verhaftung von Nazi - Gegnern immer wieder: „Die Saat des Hetzers Leber ist aufgegangen!“ In einem Artikel des Lübecker Generalanzeigers vom 2. Februar 1933 über eine Versammlung der Nationalsozialisten am Vorabend hieß es:

*„Der letzte Redner des Abends, Glasmeier, hob hervor, dass, wo Leber spreche, immer Blut zugeschrieben werden. (...) Nicht die Sozialdemokratie und nicht die KPD seien (...) für die Bluttaten verantwortlich, einzig und allein Dr. Leber.“<sup>100</sup>. Das sei schon so gewesen, als es noch gar keine Nationnalsozialisten in Lübeck gegeben habe. (...) Alle Lübecker Bluttaten müssten den Hetzartikeln des Amtsblattes (gemeint ist hier der Volksbote) zugeschrieben werden.“*

Der ADV unter Heinrich Claß erwies sich von Anfang an als Vorfeldorganisation zur Herstellung des „wahren Deutschlands“ im Sinne Lagardes. Im Kaiserreich sollten die Kriegsziele des ADV 1914 mittels eines erfolgreichen Krieges, und, 1917, als die Regierung Bethmann-Hollweg nicht mehr Gewähr für einen Siegfrieden bot, über eine Militärregierung unter Ludendorff, Hugenberg, Neumann und anderen Gewährsleuten von Claß herbeigeführt werden.

In der „Novemberrepublik“, wie die rechtsextremen Parteien und Medien die Weimarer Republik herabsetzend nannten, sollte dann immer wieder mit

allen Mitteln, unter Einschluss militärischer Gewalt, insbesondere der Freikorps (Brigade Erhardt), der Sturz der liberalen Demokratie zugunsten einer völkischen Diktatur herbeigeputscht werden. Aus heutiger Sicht lesen sich die Überlegungen von Claß und seinen Gleichgesinnten zur völkischen Diktatur sämtlich als Versuche, sich zu einem Staatsstreich innerhalb des Kaiserreiches als Regierung in Feldgrau bzw. später dann gegen die Weimarer Republik zu verabreden. Wenn man will, kann man diese Bestrebungen des ADV strafrechtlich beurteilen. Auch der Versuch der Verabredung einer gewaltsamen Veränderung der Verfassung, wie hier, war nach §§ 81,83 und 43 des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich als Verbrechen mit Zuchthaus bewehrt. Erst recht das Unternehmen als solches. Das Ansinnen von Claß war also durchaus kein Kinderspiel, sondern es wäre - bei Offenlegung aller Umstände - als Hochverrat zu qualifizieren gewesen. Diesen strafrechtlichen Strang wollen wir indes nicht weiter verfolgen. Wir verfolgen vielmehr den mit der Claßschen Ideologie erzeugten Dreiklang von Pessimismus, Hass und Gewalt.

Der über mindestens zwei Generationen laufende Doppelbinderprozess aus gegenseitigem Hass und Gewalt ließen den Staatsstreich und das politische Attentat,<sup>101</sup> d.h. die Anwendung bewaffneter Gewalt, zum Normalfall gesellschaftlicher Konfliktlösung werden. Am Lübecker Beispiel des im Juni 1926 gescheiterten Claß-Hugenberg-Neumann-Putsches gegen die Regierung von Reichskanzler Wihelm Marx ist im einzelnen ablesbar, wie die rechtsradikalen Kräfte erstarkten und wie die Gegenwehr der Liberalen am Ende erstarb. Wenn man sich fragt, warum damals so und nicht anders gehandelt wurde, und was man heute tun könnte, um die Konflikte auf andere Weise als durch den Doppelbinderprozess von gegenseitigem Hass und Gewalt zu lösen, sollte man das damalige Geschehen vor Ort im

Lübecker Volksboten und in dem wohl von Hugenberg über sein Anzeigenmonopol und redaktionelle Eingriffe<sup>102</sup> gesteuerten Lübecker Generalanzeiger<sup>103</sup> sowie in den Grünen Blättern nachvollziehen.<sup>104</sup>

Denn bei sämtlichen Aktionen der gescheiterten vier Staatsstrieche und der Versuche zu ihrer Verabredung vom Kaiserreich bis in die Weimarer Republik war der Lübecker Johann Andreas Martin Neumann mittelbar oder unmittelbar beteiligt. Die Tragödie spielte sich deshalb auch immer zugleich auf der Lübecker Bühne ab. Man kann davon ausgehen, dass Neumann seine engsten Lübecker politischen Freunde stets über die Umsetzung der Diktaturziele des ADV<sup>105</sup> auf dem Laufenden hielt. Als enger Freund und Vertrauter des Vorsitzenden Heinrich Claß war er Mitwisser von dessen hochverräterischen Plänen und Aktionen.

Mit Alfred Hugenberg, diesem Organisator der analogen medialen Kommunikation und völkischen Propaganda im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, teilte er die führende Mitgliedschaft im Thinktank ADV. Als Verwaltungsratsvorsitzender des Scherl-Verlages war Neumann zudem mit Hugenberg wirtschaftlich verbunden. Hugenbergs Arm reichte nach Lübeck. Mit Possehl, dem wirtschaftlich mächtigsten Lübecker, verband ihn, bis dieser 1919 verstarb, die gleiche politische Zielsetzung. Beide sahen ihre Auffassungen im Lübecker ADV und dem Wehrverein gut aufgehoben. Ein Zeichen für ihre Verbundenheit war auch beider Förderung des Kaufs der radikal völkischen Deutschen Zeitung 1916 mit je 50.000 Mark.

So hatte sich Neumann vor Ort und in Berlin (als Vertreter des Freistaats) aufs Beste vernetzt. Er hatte über die heimischen Zeitungen Lübecker

Generalanzeiger (Hugenberg) und Lübeckische Blätter (Chefredakteur: der rechtsradikale Brockhaus), mit Kultur<sup>106</sup> (Gemeinnützige), Kapital (Possehl und Industrie und Handelskammer), Politik (Senat und Bürgerschaft), Kirche und Justiz (ADV) in Lübeck ganz in der Stille und der Provinz ein wirklich erstaunliches Herrschaftsgebilde geschaffen. Wäre ihm nur die verhasste Arbeiterbewegung, die für ihn offenbar dunkle Seite des gespaltenen Lübeck, nicht in die Quere gekommen. Wäre ihm nicht ein Arbeiterführer der Sonderklasse, ein ortsfremder und dazu noch äußerst begabter Redner und mit Berlin ebenfalls gut vernetzter Agitator, wäre ihm nicht Julius Leber in Lübeck gegenüber gestanden. Mit etwas mehr Fortune und ohne Leber hätte Neumann sein Ziel einer völkischen Diktatur anstelle Adolf Hitlers in Berlin durchaus noch erreichen können.

## 11. 1917 CLAß ANSTIFTUNG ZUM MILITÄRPUTSCH IM KAISERREICH

Eines der vordringlichen Ziele des ADV war - wie dargelegt - die Rettung Deutschlands durch eine Diktatur. So traf sich der Verbandsvorsitzende Dr. Claß bei seinen unermüdlichen Bemühungen, diesen Plan durchzusetzen<sup>107</sup>, am 5.10.1917 ein erstes Mal mit dem Ersten Generalquartiermeister Ludendorff, dem Stellvertreter Hindenburgs in der Obersten Heeresleitung (OHL). Er führte aus, dass der Krieg jetzt nur noch mit einer Militärdiktatur zu gewinnen sei. In der OHL müsse eine Stelle geschaffen werden, die verdeckt das politische Geschehen verfolge und später den Kern eines

„Kabinetts in Feldgrau“ bilden könne. Er, Claß, sei in der Lage, innerhalb von 24 Stunden dafür Namen zu nennen.

Er nannte Geheimrat Hugenberg für Gesamtpolitik und Wirtschaftsfragen, Senator Neumann aus Lübeck für innenpolitische Belange, Landgerichtsdirektor Lohmann (Hamburg) für die Überwachung der Rechtspflege und bot - bei Bedarf - weitere Persönlichkeiten seines Vertrauens.<sup>108</sup> Ludendorff sagte zu, die vorgetragenen Überlegungen zu bedenken.<sup>109</sup> Es blieb indes bei dem Versuch der Vorbereitung eines Staatsstreichs

## 12. 1920 KAPP-LÜTTWITZ-PUTSCH

Wolfgang Kapp (1858-1922) war Verwaltungsbeamter, zuletzt Generallandschaftsdirektor in Königsberg. Am 13. März 1920 führte er zusammen mit General Walter von Lüttwitz und der Marinebrigade Erhardt einen 100 Stunden dauernden Putsch gegen die Reichsregierung durch. Der Putsch endete am 17. März 1920. Die Brigade Erhardt ging als Organisation Consul in den Untergrund und verübte später die Morde an Erzberger und Rathenau.<sup>110</sup> Der Putsch wurde unterstützt von General Ludendorff<sup>111</sup>. Claß kannte die Umsturzpläne seit November 1919. Ein Erfolg des Staatsstreichs traute er jedoch Kapp nicht zu.<sup>112</sup> Der umtriebige Justizrat mit seinen hervorragenden Umgangsformen bemühte sich ganz offensichtlich unentwegt und überall in der Republik Kräfte aufzutun, anzustacheln und nötigenfalls, wie später bei Adolf Hitler, mit Geld diejenigen zu



beeinflussen, die sein rechtsradikales völkisches Diktaturziel teilten und dafür standen, dieses auch zu vollbringen.

### 13. 1923 HITLER-LUDENDORFF-PUTSCH

Ludendorff, der bereits auf dem Höhepunkt des Ersten Weltkriegs - damals in der OHL - an Stelle Hindenburgs die politische Führung übernommen hatte<sup>113</sup> - und 1917 zusammen mit Claß Diktaturpläne erwog, ergriff drei Jahre nach dem Kapp-Putsch, am 8. November 1923 erneut, diesmal mit dem vielversprechenden Adolf Hitler, die Gelegenheit zum Staatsstreich gegen die verhasste Republik. Der nationalsozialistische Anführer Adolf Hitler scheiterte allerdings einen Tag später, am 9. November 1923. Der Putsch wurde niedergeschlagen.

### 14. 1926 CLAß-HUGENBERG-NEUMANN-PUTSCH

Wiederum drei Jahre später, nach den drei vergeblichen vorangegangenen Vorbereitungshandlungen und Putschversuchen 1917, 1920 und 1923, versuchte es der ADV, diesmal mit eigenen Kräften 1926. Sämtliche vorangegangene Versuche lesen sich wie die unterschiedlichen Varianten der von dem völkischen Thinktank ADV unter seinem Vorsitzenden Claß im

Hintergrund mit geplanten und geforderten Anleitung zur Diktatur. Hinter Kapp und Ludendorff stand tatsächlich immer wieder die von Claß vorgedachte, in seinen nationalen Netzwerken verbreitete und auch von Hugenberg propagierte nationale Revolution mit dem Ziel einer völkischen Diktatur.

Adolf Hitler, so schreibt Gerd Fesser,<sup>114</sup> habe Claß bei einem Treffen 1920 in Berlin die Hände geküsst. Hitler habe dabei bemerkt, „als sein „treuer Schüler“ habe er (Hitler) mit „innerer Erregung“ die Deutsche Geschichte von Einhart (Pseudonym für Heinrich Claß) gelesen und bei der Lektüre des Kaiserbuchs (Autor Heinrich Claß) die Überzeugung gewonnen, darin sei alles enthalten, was für das deutsche Volk wichtig und notwendig sei.“<sup>115</sup> Die unermüdlichen sich über neun Jahre von 1917 bis 1926 hinziehenden nationalistischen Putschversuche des ADV und ihres Vorsitzenden bestätigen mehr als alles andere dieses Urteil. Am Ende sahen sich Claß und Hugenberg am Ziel ihrer Wünsche. Sie traten 1933 als Hospitanten in die Reichstagsfraktion der NSDAP ein. Hugenberg (DNVP) wurde vom 30.1.1933 bis 29.6.1933 Wirtschaftsminister im Kabinett Hitler.

Auf der Strecke blieb indes der Lübecker Bürgermeister Dr. Neumann. Seine Getreuen hatten im Ergebnis, nachdem der erneute Putschversuch durch die sozialdemokratische preußische Staatsregierung aufgefliegen war, gegen die politische Kraft des Repräsentanten der Arbeiterbewegung vor Ort in Lübeck, Julius Leber, keine Chance. Neumanns Nachfolger wurde zu allem Unglück auch noch ein von Neumann und den anderen nationalistischen Kräften in Lübeck ghasster Sozialdemokrat, Paul Löwig. Und das, um es auf die Spitze zu treiben, am Morgen des Beginns der großen 700 - Jahrfeier, die unter Ausschluss der SPD von Bürgermeister

Neumann in der Zeit vom Donnerstag, dem 3. Juni bis Sonntag, dem 6. Juni 1926, zelebriert werden sollte.

Der erste SPD Bürgermeister des Freistaats Lübeck, Paul Löwigt, würde nun den über Deutschland hinausreichenden Glanz der Reichsfreiheitsfeier der alten und Hansestadt einheimen können. Eine unerwartete Schande, die Neumann letztlich nicht überlebte. Er starb nur zwei Jahre später, am 8.

April 1928.<sup>116</sup>

# Ein ungeheures Verbrechen aufgedeckt!

## Blutiger Rechtsputsch geplant — Bürgermeister Dr. Neumann-Lübeck zum Diktator ausersehen

Die Berliner Kriminalpolizei nahm am Dienstag eine ganze Reihe von Hausdurchsuchungen bei rechtsradikalen Verbänden und Persönlichkeiten vor. Diese polizeiliche Aktion ist auf eingehendes Material zurückzuführen, das den amtlichen Stellen in die Hände gefallen ist und für die Vorbereitung eines neuen, großartig organisierten Putschs spricht.

SPD. Berlin, 12. Mai, 2 Uhr nachmittags.

Die für die vorgesehene Reichsregierung nach Durchführung des jüngsten Putschplanes vorgeesehenen Männer sind:

- 1) Bürgermeister **Dr. Neumann, Lübeck**, als Reichstanzler;
- 2) Geheimrat **Hugenberg** als Finanzminister;
- 3) Der Industrielle **Dr. Wegner** aus Bad Kreuznach in Bayern als Reichsinnenminister;
- 4) General **Wrochl** als Reichswehrminister.

Durch Verordnung der Preussischen Regierung sind sofort die rechtsradikalen Verbände Wiking, Wermolf und der Sportklub Olympia verboten und aufgelöst worden.

Der Führer des Sportklubs Olympia Oberst von Luck ist nach seiner Vernehmung auf dem Polizeipräsidium Berlin verhaftet worden. Gerücheweise verlautet, daß nach der Entdeckung der jüngsten Putschpläne Ehrhardt und der Führer des Mitteldeutschen Stahlhelm Oberst Düsterberg flüchtig geworden sind.

\*

Arbeiter Lübecks! Ungeheure Erbitterung wird die Meldung von diesem Verbrechen in Euren Reihen auslösen. Trotzdem ist das Gebot der Stunde:

## Ruhe bewahren!

An dem geplanten Verbrechen ist kein Zweifel. Wie weit sich die Teilnahme des Lübecker Bürgermeisters beteiligt, werden die Vertrauensleute der Partei im Laufe des heutigen Tages noch genau nachprüfen. Dann, aber nicht früher, wird die Stunde zum Handeln gekommen sein!

## Darum wartet die Parole der Partei ab!

## Steht einig und treu zusammen!

## Es lebe die Deutsche Republik! Es lebe die Sozialdemokratie!

### Amtlich bestätigt!

Berlin, 12. Mai, 3 Uhr mittags. (Sig. Dr. Neugebauer)

Der amtliche preussische Pressedirektor meldet: Die Tätigkeit der Vaterländischen Verbände, die in letzter Zeit die Selbsttätigkeit wiederholt beschäftigt hat, wird von einem Kreis

und der Landesverfassungen vor. Die für die Durchführung dieses Plans vorgeesehenen Männer sind:

1. Bürgermeister Dr. Neumann, Lübeck, als Reichstanzler
2. Geheimrat Hugenberg als Reichsfinanzminister
3. Der Industrielle Dr. Wegener aus Kreuznach in Bayern, als Reichsinnenminister
4. General von Wrochl, als Reichswehrminister
5. Dr. Frey, von Wangen, Bonn, Reichsminister der Rheinischen

### Luthers Schicksal besiegelt!

Lübeck, 12. Mai, 1 Uhr mittags.

Nicht weniger als fünf Millionen haben bereits jetzt gegen die Regierung vor, und zwar von folgenden Parteien: Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten, Deutschnationalen und Katholiken.

Am 1. Uhr mittags hatte die Regierung ihren Rücktritt nicht erklärt, jedoch haben die Demokraten nach Luthers Tod ihren bedauerlichen Einfluss aus dem Kabinett zurückgezogen.

Von Mitte Mai bis Mitte Juni 1926 wurde die politische Öffentlichkeit des Freistaates mit der Offenlegung von Plänen für einen veritablen Staatsstreich in Atem gehalten. Am 12. Mai 1926 titelt der Lübecker Volksbote auf der ersten Seite: „Ein ungeheures Verbrechen aufgedeckt! Rechtsputsch geplant - Bürgermeister Dr. Neumann-Lübeck zum Diktator ausersehen.“<sup>117</sup>

Es begann eine lange verbale Schlacht der Befürworter und Gegner Neumanns und der jeweiligen GesinnungsgenossInnen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Im Ergebnis beleuchten die Veröffentlichungen im Lübecker Volksboten aus Sicht Dr. Lebers hinreichend das ganze Dilemma des Lübecker Bürgertums. Das Mißtrauensvotum gegen Dr. Neumann ist am Mittwoch, dem 2. Juni 1926, mit 43 gegen 32 Stimmen in zweiter Lesung und damit endgültig angenommen worden. Neumann trat daraufhin am 3. Juni 1926 zurück. Senator Paul Löwig übernahm den Vorsitz im Senat.

## ENDNOTEN

<https://www.tagesspiegel.de/politik/migrationsforscherin-naika-foroutan-es-ist-unser-land-verteidigen-wir-es-gemeinsam/22830476.html>

<sup>2</sup> Fritz Stern, Kulturpessimismus als politische Gefahr, 2.Auflage, Stuttgart 2018 ; zit. bei Foroutan, a.a.O.(FN 1).

Der Begriff „Präfaschismus“ eignet sich m.E. für die Analyse des Zustandes einer gesellschaftlichen Einheit (Stadt, Land, Staatenbund usw.).

„Präfaschistisch“ beschreibt dabei eine konkrete Gefahrenlage. Ohne hinreichende Gegenwehr realisiert sich die Gefahr. Der Begriff

„Konservative Revolution“ beschreibt demgegenüber keinen gesellschaftlichen Zustand, sondern eine bestimmte durchaus heterogene Gedankenwelt von Personen oder Personengruppen. Diese kann handlungsrelevant werden, mündet aber nicht notwendig in Faschismus, im Falle des völkischen Faschismus in Mord und Totschlag, national und international. Bürgerkrieg und Staatenkrieg. Es geht um die Bekämpfung dieser Gefahr und die frühzeitige Abwendung ihres Eintritts, d.h. des Umschlags in den Faschismus. Dabei kommt es nicht darauf an, ob die Gefahrenlage sich bereits zu einer Massenbewegung von Rechts entwickelt hat. Diesen Umschlag in die Massenbewegung gilt es gerade zu verhindern.

Zur Auseinandersetzung um den Begriff vgl. auch Dirk Stegmann: Zwischen Repression und Manipulation: Konservative Machteliten und Arbeiter- und Angestelltenbewegung 1910-1918. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der DAP/NSDAP, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XII (1972), S. 351-432; Ders.: Vom Neokonservatismus zum Protofaschismus: Konservative Partei, Vereine und Verbände 1893-1920, in: Ders. u. a. (Hrsg.): Deutscher Konservatismus im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Fritz Fischer, Bonn 1983, S. 199-230.

<sup>3</sup> S.dazu Karl Heinz Roth, Das Großbürgertum der freien Hansestädte und der Faschismus, in: Arno Klönne/Karl A.Otto/Karl Heinz Roth (Hg.),Fluchtpunkte.Das soziale Gewissen der Arbeiterbewegung, Hamburg 2003, S.1 - 31, insbesondere S.9: „Ende Februar 1933 kam in den freien Hansestädten eine terroristische Verfolgungskampagne gegen ihre Kader und Anhänger in Gang, die auf Reichsebene kaum ihresgleichen hatte. Der Aktionsradius der traditionell hocheffizienten politischen Polizeibehörden wurde durch „Kommandos z.b.V.“, die Aufwertung der SA-Rollkommandos zu Formationen der „Hilfspolizei“ und die Einrichtung hansestädtischer „Schutzhaft“-Lager schlagartig erweitert. Wer sich gegen den Umbruch offen zur Wehr setzte, war bald mit Terrorpraktiken konfrontiert, die nicht nur alle bis dahin gemachten Repressionserfahrungen weit übertrafen, sondern gerade in den Hansestädten auf der Seite der politischen und wirtschaftlichen Machttträger des neuen Regimes eine kompromißlose klassenpolitische Kampfstellung zum Ausdruck brachten“. Zu Bremen vgl. auch Jörg Wollenberg, Von den „Ideen von 1914“ zum Geist von Potsdam 1933“ - Ludwig Roselius und Richard von Hoff „gegen Kriegsschuldflüge und Versklavung“ und für die Volkshochschulen als „heilige Pflanzstätten der Wiedergeburt Alldeutschlands aus germanischem Geist“, Bremen Vampyr Stadt neu vhs\_pdf.

<sup>4</sup> Norbert Elias: J.Matthes (Hrsg.),Lebenswelt und soziale Probleme.Verhandlungen des 20.Deutschen Soziologentages zu Bremen 1980 (S.98-122(<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-135461>))

<sup>5</sup> Martin Greiffenhagen, Die Deutschen: N.Elias und die Politische Kulturforschung, [www.uni-bielefeld.de](http://www.uni-bielefeld.de)>ZIF,S.8

<sup>6</sup> Karl Heinz Roth, (wie FN 3), S.9

<sup>7</sup> Lübecker Geschichte, hrsg. von Antjekathrin Grassmann, Lübeck 1988, S.692 - 694

<sup>8</sup> Dirk Stegmann, Demokratische Geschichte, Jahrbuch für Schleswig-Holstein, Band 24,S.39-62, Malente 2013

<sup>9</sup> Dessen bahnbrechendes Werk, Griff nach der Weltmacht, die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf 1961 und 2013, löste die sog. Fischer-Kontroverse der 60er Jahre aus.

<sup>10</sup> Hansjörg Buss, „Entjudete“ Kirche: Die Lübecker Landeskirche zwischen christlichem Antijudaismus und völkischem Antisemitismus (1918-1950), Paderborn 2011; `vg. demgegenüber die vorsichtige Einschätzung von Wolf-Dieter Hauschild, Kirchengeschichte Lübecks, Christentum und Bürgertum in neun Jahrhunderten, Lübeck 1981, S. 494-509.

<sup>11</sup> Reichstagswahl 1912 [wikipedia.de.m.wikipedia.org](https://de.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahl_1912), 17.10.2019

<sup>12</sup> 1905 waren es vier SPD Abgeordnete: W. Bruhns, Peter Pape, Theodor Schwartz und Rudolf Wissell, der Arbeitersekretär und spätere Reichsarbeitsminister; 1907 folgten die Arbeitersekretäre Johannes Stelling und 1909 Paul Hoff; 1913 waren es vier SPD Abgeordnete, darunter Albert Henze vom Konsumverein und der spätere Senator Paul Löwig; die SPD benötigte für vier Mandate 4499 Stimmen, die Bürgerlichen erhielten mit zusammen 3451 Stimmen 33 Mandate, vgl. Dirk Stegmann, a.a.O.(FN 8), S.41; Franz Osterroth, Chronik der Lübecker Sozialdemokratie 1866-1972, Lübeck 1973, S.18,20

<sup>13</sup> Zu der These vom Zusammenschluss s.auch Heinrich August Winkler, Die Einheitsfront von rechts, Zeit online, 25.2.1972.

<sup>14</sup> Johannes Leicht, Heinrich Claß 1868-1953. Die politische Biographie eines Alldeutschen, Paderborn 2012

<sup>15</sup> Julius Leber, [https://de.wikipedia.org/wiki/Julius\\_Leber](https://de.wikipedia.org/wiki/Julius_Leber) 16.10.2019; eine gute Charakterisierung Julius Lebers bei Ralf Dahrendorf, Erinnerungen an einen großen Deutschen.Ein Mann geht seinen Weg. Julius Leber, der Nationalsozialismus und der deutsche Widerstand.Zeit online, 13.4.1984

<sup>16</sup> Johann Andreas Martin Neumann, [https://de.wikipedia.org/wiki/Johann\\_Martin\\_Andreas\\_Neumann](https://de.wikipedia.org/wiki/Johann_Martin_Andreas_Neumann), 16.10.2019

<sup>17</sup> Ebda. (FN.15)

<sup>18</sup> <http://library.fes.de/luebeck/pdf/1920/1920-001.pdf>

<sup>19</sup> Lübeckische Geschichte, (FN 7), S. 692

<sup>20</sup> S. zur Entwicklung des Lübecker Bürgertums auch Jonas Geist, Versuch, das Holstentor im Geiste etwas anzuheben, Zur Natur des Bürgertums, Berlin 1976, S.31 mit dem Datum 1.11.1911



<sup>21</sup> Zur Entwicklung der Reichstagswahlen 1871- 1912: [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de), Wahlen im Kaiserreich; zur industriellen Entwicklung: Luise Klinsmann, Die Industrialisierung Lübecks, Lübeck 1984

<sup>22</sup> Bürgerschaftswahlen von 1919 bis 1933, in Ergebnisse der Kommunalwahlen in Lübeck, [de.wikipedia.org](http://de.wikipedia.org), 16.10.2019

<sup>23</sup> Stegmann (FN 8), S. 40.

<sup>24</sup> Die Redaktionsräume befanden sich im zerstörten alten Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 46-48, heute Ordnungsamt, s.auch <https://gedenkort-leber.de/2018/06/spurensuche-in-luebeck/>

<sup>25</sup> <http://akens.org/akens/texte/diverses/Presse.pdf> ; der Lübecker Volksbote ist in seinen Auflagen 1894 bis 1933 digitalisiert und damit leicht für Jedermann zugänglich. Der Lübecker Generalanzeiger hingegen muss mühsam über Filmrollen in der hiesigen Stadtbibliothek erschlossen werden.

<sup>26</sup> Ortwin Pelc, Theodor Schwarz (1841-1922), Demokratische Geschichte Band 3, Kiel 1988, S.196 - 201.

<sup>27</sup> Alldeutsche Blätter 1901, S.60, <https://www.google.com>

<sup>28</sup> Stegmann, a.a.O. (FN 8), S.47

<sup>29</sup> Johannes Leicht, (FN 14), S. 114.

<sup>30</sup> Alfred Kruck, Geschichte des Alldeutschen Verbandes, Wiesbaden 1954, S.14;

<sup>31</sup> Stegmann, a.a.O.(FN 8), S.47.

<sup>32</sup> Stegmann, (FN 8), S.59

<sup>33</sup> Martin Thoemmes, Als die „Grünen Blätter“ braun wurden, Lübeckische Blätter 2008, 202

<sup>34</sup> Ebda (FN 33)

<sup>35</sup> Manfred Eickhölter, Höllenfahrt und Zwangsbekehrung, Lübeckische Blätter 2014, S.247

<sup>36</sup> Ebda.(FN 35)

<sup>37</sup> Vgl. dazu Fritz Stern, (FN 2), S.231

<sup>38</sup> Birte Arendt, Niederdeutschdiskurse. Spracheinstellungen im Kontext von Laien, Printmedien und Politik, Berlin 2012, S.100

<sup>39</sup> Paul Brockhaus, [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Paul\\_Brockhaus](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Paul_Brockhaus), 16.10.2019

<sup>40</sup> Seit 1911, so Axel Schildt, in Gut & Schön, Die Possehl Stiftung Lübeck, S.12

<sup>41</sup> So in der Darstellung von Emil Possehl bei Wikipedia: [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Emil\\_Possehl](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Emil_Possehl), 16.10.2019

<sup>42</sup> Nachweis bei Stegmann, a.a.O.(FN 6), S.47

<sup>43</sup> Stegmann, a.a.O.(FN 8), S.48 f.

<sup>44</sup> Stegmann, a.a.O.(FN 8), S.51

<sup>45</sup> Hansjörg Buss, (FN 10), S.48f.

<sup>46</sup> Stegmann, a.a.O.(FN 8), S.49

<sup>47</sup> Gerd Fesser, Die Mutterlauge der Nazis, Zeit online vom 8.Juli 1994, <https://www.zeit.de/1994/28/die-mutterlauge-der-nazis>; die Bezeichnung des ADV als Mutterlauge geht nach Fesser, (ebda.) auf Michael Freund zurück

<sup>48</sup> Dirk Stegmann, a.a.O.(FN 8), S.47

<sup>49</sup> Ebda. (FN 8), S.49

<sup>50</sup> Ebda. (FN 8), S.49

<sup>51</sup> Siehe: Konservative Revolution, [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Konservative\\_Revolution](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Konservative_Revolution), 16.10.2019

<sup>52</sup> Uta Jungcurt, Alldeutscher Extremismus in der Weimarer Republik, Oldenbourg Schulbuch Verlag, Berlin 2016, S.7 f. mit einem Überblick über die gegenwärtige Forschungslage

<sup>53</sup> Alldeutscher Verband, [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Alldeutscher\\_Verband](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Alldeutscher_Verband), 16.10.2019,

<sup>54</sup> [https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Alldeutscher\\_Verband\\_\(ADV\),\\_1891-1939](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Alldeutscher_Verband_(ADV),_1891-1939)

<sup>55</sup> Johannes Leicht, a.a.O.,(FN 14), S.185

<sup>56</sup> Vgl. Gerd Fesser, a.a.O. (FN 47)

<sup>57</sup> Zur Professorenschaft vgl. Klaus Schwabe, Ursprung und Verbreitung des Alldeutschen Annexionismus in der deutschen Professorenschaft im Ersten Weltkrieg, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1966, S.105 ff.

<sup>58</sup> A.a.O. (FN 47)

<sup>59</sup> Johannes Leicht, a.a.O.(FN 14), S.180f.; Klaus Schwabe, a.a.O.(FN 57)

<sup>60</sup> Johannes Leicht, a.a.O.(FN 14), S.181,186

<sup>61</sup> Fritz Stern,(FN 2), S.37

<sup>62</sup> Thomas Mann, Betrachtungen eines Unpolitischen, in der Textfassung der Großen kommentierten Frankfurter Ausgabe (GKFA) Thomas Mann, E-Books, S. 691; zu den wechselnden politischen Einstellungen Thomas Manns: Manfred Görtemaker, Thomas Mann und die Politik, Frankfurt 2005

<sup>63</sup>Ebda.S. 545, s.zu Thomas und Heinrich Manns Ambivalenz und Entwicklung in der Judenfrage, Jaques Darmaun, Thomas Mann, Deutschland und die Juden, Tübingen 2003, S.14ff.; Axel Schmidt, „Man spürt nichts als Kultur“, <http://localhost:6571/reader-mode/page?url=https://literaturkritik.de/id/6362>

<sup>64</sup> Fritz Stern, a.a.O.(FN 2)

<sup>65</sup> Fritz Stern, a.a.O.(FN 2), S.27 ff.

<sup>66</sup> Fritz Stern, a.a.O.(FN 2), S.86

<sup>67</sup> Fritz Stern (FN 2) ,S. 94; diese Konstruktionen des Verhältnisses der Begriffe Staat und Nation wurden von Carl Schmitt aufgenommen und in seinem völkischen Staatsrecht verarbeitet. Sie finden sich auch noch in seiner Verfassungslehre (1929), deren Lehrstoff heute weit verbreitet ist.

<sup>68</sup> Siehe auch Nachweise bei Stern, a.a.O.(FN.2), S.102.; Wilhelm II. benutzte 1919 ähnliche Worte zur Beschreibung der Juden in seinem Brief an Generalfeldmarschall Mackensen und als er im Sommer 1929 vorschlug, sie mit Gas zu vernichten (John C.G. Röhl, Zeitläufte: Das Beste wäre Gas!: in Zeit online, 25.11,1994, zeit.de). Der Antisemitismus des Kaisers war offenbar auf den Einfluss des besessenen Judenhassers und Ersatzvaters Wilhelms, des Generals Graf Waldersee zurückzuführen (so Röhl a.a.O.), an dessen Namen in Lübeck übrigens eine Straße erinnert.

<sup>69</sup> Siehe auch Fritz Stern, a.a.O.,(FN 2), Anm.38.

<sup>70</sup> Fritz Stern, a.a.O.(FN 2), S.109

<sup>71</sup> Fritz Stern, a.a.O.(FN 2), S.109

<sup>72</sup> Vgl. das gleichnamige Buch von Fritz Fischer, a.a.O.,(FN 2), m.w.Nachweisen zum Wirken des ADV

<sup>73</sup> Siehe auch den aufschlussreichen „Aufruf an das Gesamtministerium zum Umgang mit Anhängern der Räterepublik“ v.11.6.219, MNN Nr.226, veröffentlicht in : Das Kabinett Hoffmann II, Teil I, 31.Mai - 1.September 1919, München 2017, S.2

<sup>74</sup> Heinrich Mann, Der Untertan 1918, <https://freeditorial.com/en/books/der-untertan/downloadbookepub/pdf>

<sup>75</sup> Zit. nach: Norbert Elias, Studien über die Deutschen, Frankfurt 1992, S.22

<sup>76</sup> Vgl. Stegmann, a.a.O.(FN 8), S.47

<sup>77</sup> Abram Ens, Kunst und Bürgertum, Hamburg 1971, S.93-107, S.93; eine gute Beschreibung des Kulturkreises eines Arbeiterkinds in Lübeck mit seinen Einrichtungen gibt Willy Brandt, Links und frei, Mein Weg 1930-1950, Hamburg 1982, S. 23; lesenswert zur Lage der konservativen Parteien in Schleswig-Holstein Dirk Stegmann, Die Deutsche Vaterlandspartei in Schleswig-Holstein, [https://www.beirat-fuer-geschichte.de/fileadmin/pdf/band\\_20/Demokratische\\_Geschichte\\_Band\\_20\\_Essay\\_3.pdf](https://www.beirat-fuer-geschichte.de/fileadmin/pdf/band_20/Demokratische_Geschichte_Band_20_Essay_3.pdf)

<sup>78</sup> Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1914-1949, Frankfurt 2008,S.293.

<sup>79</sup> Karl Heinz Roth, a.a.O.,( FN 6)

<sup>80</sup> Abram Ens, a.a.O. (FN 77) gibt einen guten Überblick über Lübecks 700-Jahr-Feier aus der Sicht des Bürgertums

<sup>81</sup> Thomas Mann, Lübeck als geistige Lebensform, Lübeck 1993, S.55

<sup>82</sup> Thomas Mann, Briefe an Otto Grautoff 1894-1991 und Ida Boy-Ed 1903-1928, Frankfurt 1975, S. 230 ff.

<sup>83</sup> Thomas Mann,(FN 81), S.233: Thomas Mann erkundigt sich im Brief am 23.5.1926 in Erwartung des Treffens mit Ida Boy-Ed ausdrücklich nach Neumann. Nach dem Fest am 16.6.1926 fragt er indes besorgt nach den 1.000 Mark Honorar, das bei „der Ausarbeitung der Rede eine „gewisse befeuernde Rolle gespielt hat“ (S. 234).

<sup>84</sup> Anders liegen die Dinge in der „Deutschen Ansprache“ vom 17.10.1930 im Berliner Beethoven-Saal mit seinem „Appell an die Vernunft“. Hier legte sich Thomas Mann - unter Protest der anwesenden SA-Leute - ohne wenn und aber auch politisch fest, vgl. dazu Wolf Lepenies, Kultur und Politik, Deutsche Geschichten, Wien 2006, Betrachtungen eines politischen Mannes, S.71 ff.,S.81

<sup>85</sup> Rolf Winter, Hitler kam aus der Dankwertsgrube (und kommt vielleicht mal wieder). Eine Kindheit in Deutschland, Hamburg 1991

<sup>86</sup> Willy Brandt,(FN 67), S. 21

<sup>87</sup> Willy Brandt, (FN 67), S.12

<sup>88</sup> Johannes Leicht, a.a.O. (FN 14), S.231;  
Zur Bedeutung der Deutschen Zeitung als ideologisches Kampfinstrument des ADV und der Vaterlandspartei, vgl. Dirk Stegmann, Die „Deutsche Zeitung“, 1917-1918, Präfaschistische Öffentlichkeit am Ende des Kaiserreichs, in: Kasseler Personalschriften Band 7, hrsg. von Dagmar Bussiek, Simona Göbel, Kultur, Politik und Öffentlichkeit, Festschrift für Jens Flemming, Kassel 2009, S.266-288, (978-3-89958 -688-6.volltext.frei, PDF Dokument), die Auflage der Deutschen Zeitung betrug 1918 37.000 Exemplare und hatte damit die Auflage u.a. der „Kreuzzeitung“ überflügelt. Sie erschien werktags zweimal, morgens und abends und einmal am Sonntagmorgen (S.273)

<sup>89</sup> Lübecker Volksbote Nr.130 vom 8. Juni 1930, S.1; Ergebnis der Bürgerschaftswahlen am 14.11.1926: SPD 42,4%, KPD 6,4%, Deutsche Demokratische Partei (DDP) 2,3%, Hanseatischer Volksbund (HVB) 44,4%, [de.m.wikipedia.org](https://de.m.wikipedia.org), 16.10.2019<sup>c</sup>, wahlberechtigt waren 1926 87.047, abgegebene Stimmen 74.863, d.h. rd. 37.000 Wähler oder 50% der WählerInnen waren an den Vorbereitungen der Feier nicht beteiligt.

<sup>90</sup> Siehe auch Alfred Hugenberg,/ [https://de.wikipedia.org/wiki/Alfred\\_Hugenberg](https://de.wikipedia.org/wiki/Alfred_Hugenberg), 16.10.2019

<sup>91</sup> Vgl. Lübecker Volksbote, a.a.O., vom 8.6.1926,S.1

<sup>92</sup> Ebda.(FN 92)

<sup>93</sup> Heraus zum Kampf! Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Lübeck 1866-1949, bearbeitet von Ingrid Bounin, herausgegeben von der Verwaltungsstelle Lübeck der Industriegewerkschaft Metall, 1987, S.387;

<sup>94</sup> Heraus zum Kampf!, a.a.O.,(FN 94), S..387; Akte Neues Senatsarchiv Nr. 1306 mit dem Titel: „*Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei* (darin: Erwiderung des Polizeisenators Fritz Mehrlein auf den Antrag der NSDAP-Ortsgruppe Lübeck auf Aufhebung des Redeverbots für Adolf Hitler vom 27. März 1926)“ (dort: „Herbst 1925“)

<sup>95</sup> (1902 - 1957) war auch Senator in Lübeck(1933-1940), [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Liste\\_der\\_L%C3%BCbecker\\_Senatoren](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Liste_der_L%C3%BCbecker_Senatoren), 16.10.19

<sup>96</sup> Heraus zum Kampf, a.a.O. (FN 94), S. 270. Die „Norddeutsche Zeitung“ war das Organ des KPD-Bezirk Wasserkaante, zu dem auch Lübeck gehörte: Nachweis ebda.

<sup>97</sup> Siehe dazu Arnold Brecht, Mit der Kraft des Geistes, Lebenserinnerungen, Zweite Hälfte 1927-1967, Stuttgart 1967, S. 181 ff.

<sup>98</sup> Julius Leber,,[https://de.wikipedia.org/wiki/Julius\\_Leber](https://de.wikipedia.org/wiki/Julius_Leber)16.10.2019

<sup>99</sup> Hinweis im Lübecker Volksboten vom 9.3.1932

<sup>100</sup> Wolfgang Muth, Dr. Julius Leber-Leben und Werk, Vortrag Julius Leber Schule am 19.8.2011

<sup>101</sup> Beispiele sind die Attentate auf Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 15.1.1919 in Berlin durch die Garde-Kavallerie-Schützen-Division unter Hauptmann Waldemar Pabst; auf den ersten Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern, Kurt Eisner, am 21.2.1919 in München durch den zum antisemitischen Thule -Kreis gerechneten Anton Graf von Arco auf Valley: („Eisner ist Bolschewist, er ist Jude, er ist kein Deutscher, er fühlt nicht deutsch, untergräbt jedes vaterländische Denken und Fühlen, ist ein Landesverräter.“); auf den Leiter der Waffenstillstandskommission und Unterzeichner des Waffenstillstandsabkommen von Campiègne, Reichsminister der Finanzen Matthias Erzberger (1875-1921) am 26.8.1921 in Bad Griesbach durch die Organisation Consul; auf Außenminister Walther Rathenau (1867-1922) ebenfalls durch die Organisation Consul am 24.6.1922 in Berlin. Die Organisation Consul, auch „Schwarze Reichswehr“ genannt, entstand 1920 nach dem gescheiterten Kapp-Putsch als Nachfolgeorganisation der Brigade Ehrhardt. Sie stellte eine militärisch geführte Organisation mit rd. 5.000 Mitgliedern dar, Brigade Erhardt, 1919/1920 in: [historisches-lexikon-bayerns.de](http://historisches-lexikon-bayerns.de)

<sup>102</sup> Lübecker Volksbote vom 8.6.1926, S.1

<sup>103</sup> Lübecker Volksbote vom 15.6.1926,S.1:“Noch einmal: Der Sumpf“

<sup>104</sup> Die letzteren beiden sind allerdings für den hier entscheidenden Zeitraum nicht digitalisiert. Der Generalanzeiger ist in Gänze nicht digitalisiert.

<sup>105</sup> Stegmann, a.a.O. (FN.8) ,S.56

<sup>106</sup> Sein Schwiegersohn war der Museumsdirektor und Behnhausgründer Carl Georg Heise (s. Hildegard Heise,[https://de.m.wikipedia.org/wiki/Hildegard\\_Heise](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Hildegard_Heise), 6.10.2019)

<sup>107</sup> Dazu Alfred Kruck, a.a.O.(FN 30), S.100 f.

<sup>108</sup> Alfred Kruck, a.a.O.,(FN 30), S.203 f.

<sup>109</sup> Johannes Leicht, a.a.O.(FN 14), S.241.

<sup>110</sup> Siehe a.a.O. (FN 101)

<sup>111</sup> Kapp-Pusch, [https:// de.wikipedia.org](https://de.wikipedia.org), 16.10.2019

<sup>112</sup> Johannes Leicht, (FN 14), S.281 ; vgl. auch, Joerg Wollenberg, Das Blut der Menschheit trank der Vampir Stadt...Es lebe die neue, die Generalidee des 20.Jahrhunderts: ‚Land’!‘ (1919) Völkische Landnahme von rechts und links - eine unterschätzte Gefahr, Ein anderer Blick auf den „Volkshochschulrummel“ (Picht) und den Sündenfall des antiurbanen und völkischen „Grünen Manifestes“ von 1919, [https://www.weser-kurier.de/bremen/stadtteile/stadtteile-bremen-nordost\\_artikel,-das-dunkle-kapitel-der-bremer-volkshochschule-\\_arid,1613349.html](https://www.weser-kurier.de/bremen/stadtteile/stadtteile-bremen-nordost_artikel,-das-dunkle-kapitel-der-bremer-volkshochschule-_arid,1613349.html)

<sup>113</sup> Dazu Fritz Fischer, a.a.O.(FN.9), S.549

<sup>114</sup> Gerd Fesser, a.a.O. (FN 47)

<sup>115</sup> Ebd.; Hitler bezieht sich auf die Bücher von Heinrich Claß, Deutsche Geschichte von Einhart, Leipzig 1909; Wenn ich Kaiser wär, Leipzig 1912, von Daniel Frymann (Pseudonym für Heinrich Claß),

<sup>116</sup> Siehe den Nachruf von Julius Leber, Lübecker Volksbote, 28. April 1928, S.1

<sup>117</sup> Lübecker Volksbote v. 12.5.1926, S.1